

Weimar 2026: Öffnen, Erinnern, Zukunft gestalten

Die Stadt zwischen Klassik und Moderne startet mit neuem Schwung ins Themenjahr

Weimar. (FS) Es gibt Städte, die man besucht, und Städte, die man erlebt. Weimar gehört zur zweiten Kategorie. Hier, wo Goethe und Schiller die deutsche Literatur prägten, wo das Bauhaus die Moderne revolutionierte und wo zugleich die dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte geschrieben wurden, steht 2026 ein neues Motto über allem: „ÖFFNEN“.

Das ist mehr als eine Ankündigung – es ist ein Versprechen. Nach acht Jahren Sanierung öffnet am 1. Oktober das Stadtschloss wieder seine Pforten. Gleichzeitig schließt am 2. November das Goethe-Wohnhaus am Frauenplan für eine Generalsanierung. Ein symbolischer Wechsel, der zeigt: Weimar steht niemals still.

Zwischen Tradition und Aufbruch

Die Stadt trägt zwei UNESCO-Welterbestätten auf ihren Schultern: das „Klassische Weimar“ mit den Wohnhäusern der Dichter und dem Park an der Ilm sowie die Bauhaus-Stätten. Diese doppelte Identität prägt Weimar bis heute. Hier wurde Harmonie gepredigt und Radikalität gelebt, hier entstanden humanistische Ideale und modernste Designkonzepte.

Was macht eine Stadt zur Weltstadt des Geistes? In Weimar war es das Zusammenspiel von Mäzenatentum, Glück und Genie. Das „Viergestirn“ aus Goethe, Schiller, Herder und Wieland schuf ein geistiges Klima, das weit über die bescheidenen Stadtgrenzen hinauswirkte. Der Park an der Ilm, ab 1778 als begehbares Kunstwerk konzipiert, verkörpert bis heute dieses Ideal: die Harmonie von Natur und Kultur, von Gefühl und



Das historische Rathaus am Marktplatz ist das Herz der Weimarer Altstadt und Schauplatz vieler kultureller Veranstaltungen. Hier treffen sich Tradition und modernes Stadtleben.

Foto: Florian Trykowski/Thüringer Tourismus GmbH

Verstand.

Doch Weimar wäre nicht vollständig ohne den Blick auf den Ettersberg, wo das Konzentrationslager Buchenwald steht. Diese räumliche Nähe zwischen Kultur und Grauen ist unerträglich und unvermeidbar zugleich. Die Nationalsozialisten versuchten, die Weimarer Klassik für ihre Zwecke zu missbrauchen und machten die Stadt bereits vor 1933 zum „Laboratorium der legalen Machtergreifung“. Heute kämpft die Gedenkstätte gegen eine neue Bedrohung: KI-generierte Holocaust-Fälschungen im Netz.

Bauhaus: Radikale Moderne im Herzen Thüringens

1919, gut hundert Jahre nach Goethes größten Erfolgen, betrat Walter Gropius die Bühne – ausgerechnet in Weimar. Mit der Gründung des Staatlichen Bauhauses setzte er einen radikalen Gegenpol zur Klassik. Keine Harmonie mehr, keine Nachahmung der Antike, sondern kompromisslose Moderne. Das Haus Am Horn, 1923 für die erste große Bauhaus-Ausstellung errichtet, zeigt bis heute, wie revolutionär diese Ideen waren: offene Grundrisse, funktionale Räume, modernes Wohnen für alle. Schon 1925 musste die Schule

unter politischem Druck nach Dessau umziehen. Doch was in Weimar begann, veränderte die Welt: vom Design alltäglicher Gebrauchsgegenstände bis zur Architektur ganzer Städte. Die Bauhaus-Universität Weimar führt dieses Erbe heute fort – mit Forschungsprojekten zu KI im Bauwesen, 3D-Druck und digitaler Fertigung.

Kultur pur: Das Jahr in Höhepunkten

Der Veranstaltungskalender 2026 ist prall gefüllt. Am 30. April startet das Themenjahr offiziell mit der Wiedereröffnung des Wittumpalais. Im Mai lockt die Lange Nacht der

Museen, im Juni verwandelt die Fête de la Musique die Altstadt in ein musikalisches



Weimar bleibt ein Zentrum der Kultur: Veranstaltungen, Auszeichnungen und Festivals prägen das Jahr 2026 in der Klassikerstadt.

Foto: Pixabay

Fest. Im Juli beginnt der Yiddish Summer Weimar, im August wird Goethes 277. Geburtstag gefeiert, und im Oktober strömen über 300.000 Besucher zum traditionellen Zwiebelmarkt. Besondere Aufmerksamkeit verdient das Kunstfest Weimar im August und September, das zeitgenössisches Theater, Tanz und Performance in den öffentlichen Raum bringt. Auch die Weimarer Reden im März bieten ein Forum für gesellschaftliche Debatten. Das Literaturfestival „Lesarten“ verbindet im März und April Autoren, Politiker und Wissenschaftler an verschiedenen Orten der Stadt. Die Moderne Vermittlung spielt dabei eine wichtige Rolle: Die „Weimar+ App“ bietet Audiowalks durch den Ilmpark, bei denen eine virtuelle Ilmnixe die Geschichte erzählt. Mit fast 800.000 Übernachtungen im Jahr 2024 – ein Plus von 8,7 Prozent – zeigt sich: Die Strategie „Qualität vor Quantität“ trägt Früchte.

und Fachkräftemangel in der Verwaltung. Der Deutsche Städtetag warnt vor einem Rekorddefizit, das auch Weimars DNA – Kultur und Bildung – unter Druck setzt. Dennoch gibt es Lichtblicke. Das Projekt „Alte Feuerwache“ bietet ab März inklusiven Wohnraum für 60 Menschen – Familien, Senioren, Menschen mit Behinderung. Das denkmalgeschützte Ensemble beherbergt auch eine Bürgermolkerei und Räume für soziale Initiativen. Ein Beispiel dafür, wie Zivilgesellschaft dort gestaltet, wo die öffentliche Hand an ihre Grenzen stößt. Auch in der Mobilität geht Weimar neue Wege: Die Busflotte wird im November um neun Wasserstoffbusse erweitert – ein klares Signal für nachhaltige Stadtentwicklung. Parallel dazu arbeitet eine Reformkommission an der Digitalisierung der Sozialverwaltung durch KI und automatisierte Prozesse. Erste Verbesserungen für die Bürger werden 2027 erwartet.

Realitäten einer Kulturstadt

Doch Weimar ist keine Museumsstadt. Die Kommune kämpft mit leeren Kassen, steigenden Sozialausgaben

„ÖFFNEN“ bedeutet für Weimar 2026 dreierlei: historische Gebäude wieder zugänglich machen, neue Besuchergruppen ansprechen und sich unbequemen Fragen stellen. Wie bewahrt man Tradition, ohne sie zu mumifizieren? Wie bleibt man offen für die Zukunft, ohne die Vergangenheit zu vergessen? Weimar hat keine endgültigen Antworten – aber die Stadt zeigt, dass die Fragen selbst schon der Anfang sind. Wer hierherkommt, spürt die Spannung zwischen den Epochen, zwischen Ideal und Wirklichkeit. Und genau das macht Weimar 2026 zu dem, was es immer war: eine Stadt, die sich nicht abschließt, sondern öffnet – für Besucher, für Ideen, für die Zukunft.

Jetzt schnell sein! Restbestände im Abverkauf!

je Kalender
nur 10 €
zzgl. Zusendung

Geraer Straße 12, 07907 Schleiz
Tel. 03663.4067582
www.wgvschleiz.de

W g v Schleiz GmbH
Werbung, Gestaltung & Verlag
Wir punkten mit Kompetenz, Vertrauen und Zuverlässigkeit.



Historisches
SCHLEIZ



Historisches aus der ehemaligen
LORENSTEIN
Kreisstadt



mit historischen bisher
unveröffentlichten Fotos
vom Schleizer Dreieck!



Sport CLASSIXX 2026
IDM-Impressionen
2025

Bierstand-Bewerbung für Vereine

Sie möchten mit einem eigenen Bierstand beim Zwiebelmarkt dabei sein, Umsatz für Ihren Verein erzielen und gleichzeitig Werbung in eigener Sache machen? Die Bewerbung für den Betrieb eines Bierwagens ist weiterhin möglich, Bewerbungsfrist ist der 31. März 2026. Die Standplätze werden voraussichtlich für folgende

Standorte verlost: Platz der Demokratie, Rollplatz und Puschkinstraße (vor dem Haus der Frau von Stein). Die Stände/Wagen werden von den Vereinen selbst organisiert, dazu sind Kooperationen mit Brauereien möglich. Detailfragen? Die Stadt Weimar berät Sie gern telefonisch unter 03643/762482.



Fassbieranstich zum Zwiebelmarkt 2025. Foto: Stadt Weimar

Lesarten 2026:

Weimar wird wieder zur Literaturstadt

Weimar. (FS) Wenn im Frühjahr die Tage länger werden, rückt Weimar erneut in den Mittelpunkt der deutschsprachigen Literaturszene. Vom 4. März bis 1. April 2026 lädt die Stadt zu den Lesarten 2026 ein, einem der renommiertesten Literaturfestivals für Gegenwartsliteratur in Thüringen. Veranstaltet von der Kulturdirektion der Stadt Weimar, verbindet das Festival literarische Aktualität mit dem traditionsreichen Kulturraum der Klassikerstadt. Seit Jahren stehen die Lesarten für ein vielseitiges Programm, das aktuelle literarische Stimmen, gesellschaftliche Debatten und literaturgeschichtliche Perspektiven zusammenführt. Lesungen mit bekannten Autorinnen und Autoren, Gespräche, Vorträge, Literaturverfilmungen sowie ein eigenes Angebot für Kinder und Jugendliche prägen auch 2026 das Festival. Die Veranstaltungen finden an unterschiedlichen Orten im Stadtgebiet statt – von Bibliotheken über Kulturzentren bis hin zu bedeutenden Bühnen Weimars. Den Auftakt bildet am 4. März eine Lesung in der Stiftung Sendehalle. Bereits in der ersten Festivalwoche zeigt sich die inhaltliche Bandbreite: Politische Zeitdiagnosen treffen auf literarische Biografien, Essays auf erzählende Prosa. Ein besonderer Höhepunkt ist das Gespräch „Die neue Mau-

er“ am 6. März im Deutsches Nationaltheater Weimar, bei dem der Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk und der amtierende Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow über Ostdeutschland und gesellschaftliche Brüche diskutieren. Ein fester Bestandteil der Lesarten sind die Kinderlesarten, die gezielt junge Leser ansprechen. Ob humorvolle Tiergeschichten oder fantasievolle Erzählungen – Veranstaltungen in der Stadtbücherei und in Schulen zeigen, dass Literaturvermittlung in Weimar früh beginnt und generationenübergreifend gedacht wird. Auch thematisch setzt das Festival Akzente. Biografische Stoffe, feministische Perspektiven, historische Reflexionen und Fragen nach Identität, Heimat und Zukunft ziehen sich durch das Programm. Lesungen in der Herzogin Anna Amalia Bibliothek oder in kirchlichen Räumen wie St. Ursula verleihen den Texten eine zusätzliche Tiefe und unterstreichen die besondere Atmosphäre der Veranstaltungsorte. Karten für die Lesungen sind über die Tourist Information Weimar erhältlich. Mit den Lesarten 2026 knüpft Weimar an seine lange literarische Tradition an und zeigt zugleich, dass zeitgenössische Literatur hier einen festen Platz hat – offen, diskussionsfreudig und nah am Puls der Zeit.

Uns können Sie auch im Internet blättern:

buergerzeit-aktuell.de



Impressum

BÜRGERZEITaktuell

MONATSZEITUNG für Sonneberg, Weimar Stadt + Land, Apolda

Herausgeber: wgv Schleiz GmbH
Geraer Straße 12, 07907 Schleiz, Tel. 03663.4067582, Fax 03663.4065630

Geschäftsführerin: Hjördis Grimm

Auflage: 87.889 Exemplare – POSTAKTUELL an Haushalte und Betriebe
Die „Bürgerzeit aktuell“ erscheint in der Regel freitags ein- oder zweimal im Monat, Schieberecht an Feiertagen. Im Bedarfsfall können Einzelbeispiele bei wgv Schleiz GmbH, 07907 Schleiz, Geraer Str. 12, zum Einzelpreis von 3,50 € inkl. Porto und MwSt. bezogen werden.

Verantwortliche Leitung: Hjördis Grimm

Verantwortlicher Redakteur: Friederike Schulz, Tel. 0157.57283701
kontakt@vafriederike.com

Redaktionsschluss: In der Regel 6 Tage vor Erscheinen.

Anzeigenberater: Bianka Enders, 03663.4066751, b.enders@wgvschleiz.de

Satz: wgv Schleiz GmbH
Geraer Straße 12, 07907 Schleiz, Tel. 03663.4060211

Druck: Gedruckt in der Europäischen Union

Verantwortlich für die kostenlose Verteilung: Deutsche Post AG, 53113 Bonn, Charles-de-Gaulle-Str. 20, Tel.: 0228 1820

Es gelten die Preislste Nr. 17 vom 1. Oktober 2025 und die Geschäftsbedingungen, die wir auf Anfrage Ihnen gern per Mail zusenden.
Für Schäden, die durch Druckfehler, fehlerbehaftete oder unterbliebene Eintragungen entstehen, wird nicht haftet. Nachdruck, Abdruck, fotomechanische Wiedergabe und jedwede elektronische Nutzung oder Vervielfältigung ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt der Verlag keine Verantwortung. Rücksendung nur bei Rückporto. Kommentare und Leserbriefe geben die Meinung des Verfassers wieder und keine Stellungnahme der Zeitung. Für den Inhalt der Anzeigen und Beilagen zeichnen die Auftraggeber verantwortlich. Wir arbeiten nach der Datenschutz-Grundverordnung der EU (DSGVO).

Veranstaltungstipps aus der Region

Sonneberg mit farbenfrohen Faschingsumzug

Sonneberg. (SB) Der Faschingsdienstag zählt in Sonneberg seit vielen Jahren zu den festen Höhepunkten des Jahres. Kinder, Erwachsene, Vereine, Einrichtungen und ganze Gruppen prägen mit ihrer Vielfalt das bunte Bild der Stadt. Auch am 17.02.2026 zieht der große Faschingsumzug wieder von der Bürgerschule durch die Innenstadt und endet auf dem Bahnhofplatz vor dem Rathaus. Mit dem Eintreffen des Umzugs ist die Faschingsparty jedoch noch lange nicht vorbei. Auf der Bühne vor dem Rathaus gestaltet der Faschingsverein Kuckuck ein abwechslungsreiches Programm. Höhepunkte sind dabei vor allem die Tanzinlagen der Garden, die mit ihren Auftritten für Stimmung



Der traditionelle Faschingsumzug zieht am 17. Februar 2026 durch die Sonneberger Innenstadt bis zum Bahnhofplatz vor dem Rathaus. Foto: Carl-Heinz Zitzmann

und Begeisterung sorgen. Für Fasching in geselliger Atmosphäre ausklingen kann, bevor der Aschermittwoch anbricht. sorgt, sodass der Sonneberger

Comedy-Abend mit Alain Frei in der Weimarahalle

Weimar. (FS) Mit seinem aktuellen Programm „ALLES NEU“ kommt der Schweizer Comedian Alain Frei am Samstag, 14. März 2026, in die Weimarahalle. Der Abend verspricht pointierte Alltagsbeobachtungen und persönliche Geschichten, die das Publikum mitnehmen sollen. Alain Frei gehört zu den erfolgreichsten Stand-up-Comedians im deutschsprachigen Raum. In seinem Programm setzt er sich humorvoll mit gesellschaftlichen Veränderungen, persönlichen Erfahrungen und zwischenmenschlichen Beziehungen auseinander. Dabei kombiniert er klassische Stand-up-Elemente mit erzählerischen Passagen. Die Weimarahalle bietet als größte Veranstaltungsort der Stadt den passenden Rahmen für den Comedy-Abend, der sich an ein breites Publikum richtet.



Comedian Alain Frei präsentiert am 14. März 2026 sein aktuelles Programm „ALLES NEU“ in der Weimarahalle. Foto: Mike Wahrlich

Einladung für Kinder zum Vorlesenachmittag

Sonneberg. (FS) Zu einem Vorlesenachmittag für junge Zuhörer lädt die Stadtbibliothek Sonneberg am Donnerstag, 26. Februar 2026, ein. Von 16 bis 17 Uhr stehen in den Räumen am Bahnhofplatz 1 spannende Bilderbuchgeschichten im Mittelpunkt, die Kindern ab drei Jahren altersgerecht und lebendig nähergebracht werden. Beim monatlichen Angebot der Bibliothek werden die Geschichten sorgfältig ausgewählt, aufbereitet und vorgelesen. Ziel ist es, die Freude am Zuhören und am Umgang mit Büchern frühzeitig zu fördern und den Kindern einen abwechslungsreichen Nachmittag zu bieten. Im Anschluss an die Lesung ist eine kleine Bastelaktion geplant, bei der die jungen Besucher kreativ werden können. Der Vorlesenachmittag ist kostenlos und dauert rund eine Stunde. Eltern und Großeltern sind eingeladen, ihre Kinder zu begleiten und gemeinsam die entspannte Atmosphäre in der Stadtbibliothek zu genießen.



Eine Vorleserin entführt Kinder ab drei Jahren beim Vorlesenachmittag in der Stadtbibliothek Sonneberg in die Welt der Bilderbücher. Foto: ChatGPT/KI-generiert

Weimar-Preis 2026

Weimar. (FS) Auf Empfehlung der Jury zur Vergabe des Weimar-Preises hat die Stadt Weimar die Ausschreibung für die Verleihung im Jahr 2026 veröffentlicht. Damit sind Personen und Körperschaften erneut aufgerufen, Vorschläge für würdige Preisträger einzureichen. Der Weimar-Preis wird seit 1990 von der Stadt Weimar vergeben. Ausgezeichnet werden Persönlichkeiten, die sich in besonderem Maße um das geistig-kulturelle Ansehen der Stadt verdient gemacht

haben. Gewürdigt wird vornehmlich eine Lebensleistung oder eine herausragende Einzelleistung mit erkennbarem Bezug zu Weimar, deren Bedeutung deutlich über das übliche Maß der beruflichen Tätigkeit hinausgeht. Zuletzt wurde der Weimar-Preis am 3. Oktober 2024 an Bernd Kauffmann verliehen. Die öffentliche Auszeichnung erfolgte im Rahmen einer festlichen Stadtratssitzung. Der Preis wird laut Satzung im zweijährigen Rhythmus vergeben, vom Oberbürger-

meister überreicht und ist mit 5000 Euro dotiert. Vorschläge für den Weimar-Preis 2026 können bis zum 31. März 2026 schriftlich bei der Kulturdirektion der Stadt Weimar, Karl-Liebknecht-Straße 5, 99423 Weimar, eingereicht werden. Jedem Vorschlag ist eine ausführliche Begründung sowie eine Kurzbiografie der vorgeschlagenen Person beizufügen. Über die Auswahl entscheidet eine Jury; der Stadtrat bestätigt den Preisträger anschließend in geheimer Abstimmung.

Valentinstagskonzert im mon ami Weimar

Weimar. (FS) Mit einem Konzert der Band „The Luzies“ begeht das Kulturzentrum mon ami am Samstag, 14. Februar 2026, den Valentinstag. Die Veranstaltung richtet sich nicht nur an Paare, sondern an alle Musikinteressierten, die den Abend in entspannter Atmosphäre verbringen möchten. „The Luzies“ stehen für handgemachte Musik mit eingängigen Melodien und mehrstimmigem Gesang. Das Repertoire bewegt sich zwischen Indie-Pop und Singer-Songwriter-Elementen. Das mon ami bietet mit seinem Saal am Goetheplatz einen etablierten Rahmen für Konzerte jenseits des Mainstreams und hat sich insbesondere als Ort für jüngere Kulturformate einen Namen gemacht.

Das Valentinstagskonzert fügt sich in das vielfältige Programm des Hauses ein, das regelmäßig Livemusik, Lesungen und Kleinkunst präsentiert.

Heino gastiert im Gesellschaftshaus Sonneberg

Sonneberg. (FS) Mit einem Konzert des bekannten Sängers Heino steht am Montag, 2. März 2026, ein musikalischer Höhepunkt im Gesellschaftshaus Sonneberg auf dem Programm. Im Rahmen seiner Tour „Made in Germany“ präsentiert der Künstler Lieder aus mehreren Jahrzehnten seiner Karriere. Heino zählt seit den 1960er Jahren zu den prägenden Figuren der deutschsprachigen Musiklandschaft. Sein Repertoire reicht von volkstümli-

chen Liedern über Schlager bis hin zu modernen Neuinterpretationen bekannter Titel. In Sonneberg dürfen sich die Besucher auf einen Querschnitt durch sein musikalisches Schaffen freuen. Das Gesellschaftshaus Sonneberg hat sich als zentrale Veranstaltungsstätte für Konzerte und Gastspiele etabliert und spricht mit seinem Programm ein breites Publikum an. Beginn des Konzertes ist am Abend, Karten sind im Vorverkauf erhältlich.

Kabarettabend mit Anna Mateur & The Beuys

Weimar. (FS) Mit einem musikalischen Kabarettabend gastieren Anna Mateur & The Beuys am Donnerstag, 12. März 2026, im mon ami Weimar. Das Ensemble ist bekannt für eine eigenwillige Mischung aus Musik, Wortwitz und provokanter Bühnenpräsenz, die sich bewusst zwischen Konzert und Kabarett bewegt. Im Mittelpunkt des Abends stehen ironische, teils gesellschaftskritische Texte, die mit großer musikalischer Virtuosität verbunden werden. Anna Mateur gilt seit Jahren als eine der markantesten Stimmen der deutschen Kabarettzene. Mit ihrem außergewöhnlichen Stimmvolumen, ihrem pointierten Humor und einer klaren Haltung hebt sie sich deutlich von gängigen Formaten ab und wird vielfach als

eigenständige „Sonder-Kunst“ wahrgenommen. Thematisch greift das Programm aktuelle Krisen und gesellschaftliche Spannungen auf. Ordnung und Chaos, Anpassung und Widerstand bilden dabei wiederkehrende Motive. Was konkret auf die Bühne gebracht wird, bleibt bewusst offen – sicher ist jedoch, dass es kein klassisches Melodienprogramm wird. Für den passenden musikalischen Groove sorgt eine hochkarätige Begleitung: An den Gitarren stehen Samuel Halscheidt und Kim Efert an der Seite von Anna Mateur. Das mon ami bietet mit seiner Nähe zum Publikum den passenden Rahmen für diesen besonderen Abend, der musikalische Qualität und kabarettistische Schärfe miteinander verbindet.

Rechnitz (Der Würgeengel)

Weimar. (FS) Mit der Inszenierung „Rechnitz (Der Würgeengel)“ bringt das Deutsche Nationaltheater Weimar ab Samstag, 21. Februar 2026, ein Werk der österreichischen Nobelpreisträgerin Elfriede Jelinek auf die Bühne des Großen Hauses. Das Stück setzt sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und deren Verdrängung auseinander und gilt als eines der eindringlichsten Werke zeitgenössischer Dramatik. Im Zentrum steht das Massaker von Rechnitz gegen Ende des Zweiten Weltkrieges. Je-

linek verzichtet bewusst auf eine klassische Handlung und konfrontiert das Publikum stattdessen mit Sprachbildern und Fragmenten, die Fragen nach Verantwortung und Erinnerung aufwerfen. Die Inszenierung reht sich ein in die Tradition des Deutschen Nationaltheaters, gesellschaftlich relevante Themen künstlerisch zu verhandeln. Das Stück richtet sich an ein erwachsenes Publikum und wird an mehreren Terminen im Februar und März aufgeführt.

Beratertag für Existenzgründer

Apolda. (SA) Die Stadt Apolda lädt Gründer sowie alle an einer Existenzgründung Interessierten zu einem Beratertag für Existenzgründer ein. Die Veranstaltung findet am Donnerstag, dem 12. Februar 2026, von 9 bis 12 Uhr im Landratsamt Weimarer Land in der Bahnhofstraße 28 in Apolda statt. Vor Ort stehen Fachleute der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, der Thüringer Zentrum für Existenzgründung und Unternehmertum,

der Agentur für Arbeit sowie der Wirtschaftsförderung der Stadt Apolda und des Kreises Weimarer Land für individuelle Beratungsgespräche zur Verfügung. Die Teilnahme am Beratertag ist kostenfrei, eine vorherige Anmeldung ist zwingend erforderlich, um persönliche Beratungstermine zu ermöglichen. Anmeldungen und weitere Infos sind bei Juliane Baumann unter der Telefonnummer 03644-650 432 oder per E-Mail an wirtschaftsfoerderung@apolda.de erhältlich.

Ausbildungsmesse NECAzubi verbindet Regionen

Neustadt bei Coburg/Sonneberg. (FS) Die Ausbildungsmesse NECAzubi zählt zu den wichtigen Orientierungsterminen für Jugendliche aus Südthüringen und Oberfranken. Am Donnerstag, 12. März 2026, öffnet die Messe von 9 bis 15 Uhr in der Frankenhalle Neustadt ihre Türen. Nur wenige Kilometer von Sonneberg entfernt gilt die NECAzubi als feste Anlaufstelle für Schulabgänger, die auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz sind. Zahlreiche Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen präsentieren ihre Ausbildungsangebote und informieren über berufliche Perspektiven. Das Spektrum reicht von technischen und handwerklichen Berufen bis hin zu kaufmännischen Ausbildungswegen. Jugendliche haben die Möglichkeit, direkt mit Ausbildern und Personalverantwortlichen ins Gespräch zu kommen und sich praxisnah über Inhalte, Anforderungen und Entwicklungsmöglichkeiten zu



Jugendliche informieren sich auf der Ausbildungsmesse NECAzubi in der Frankenhalle Neustadt über Ausbildungsangebote von Unternehmen aus Südthüringen und Oberfranken.

Foto: Pexels

informieren. Ein besonderer Stellenwert kommt der Messe durch ihre grenzüberschreitende Bedeutung zu. Viele Betriebe aus dem Raum Sonneberg nutzen die NECAzubi, um sowohl Thüringer als auch bayerische Auszubildende anzusprechen. Umgekehrt informieren sich junge Menschen aus beiden Bundesländern über Angebote jenseits der Landesgrenze. Damit ist die Messe ein Beispiel für einen eng verflochtenen Arbeits- und Ausbildungsmarkt in der Region. Ergänzt wird das Angebot durch Beratungsstände, Workshops und Bewerbungstipps. Besucher können ihre Unterlagen prüfen lassen, Fragen zur Berufswahl klären und wertvolle Kontakte für Praktika oder Ausbildungsplätze knüpfen. Angesprochen sind nicht nur Schüler kurz vor dem Schulabschluss, sondern auch Jugendliche und junge Erwachsene, die sich neu orientieren möchten.

Strukturwandel prägt Arbeitsmarkt in Süd- und Mittelthüringen

Weimar. (FS) Der Arbeitsmarkt im Weimarer Land und im Landkreis Sonneberg steht zu Beginn des Jahres 2026 vor unterschiedlichen Herausforderungen. Während Weimar weiterhin von einem vergleichsweise stabilen öffentlichen Dienst und dem Kultur- und Tourismussektor profitiert, ist die Lage in Südthüringen deutlich angespannter. In Weimar zählen Verwaltung, kommunale Betriebe sowie kulturelle Einrichtungen zu den wichtigsten Arbeitgebern. Aktuelle Stellenausschreibungen betreffen unter anderem die

Bereiche IT, Gebäudemanagement, technische Dienste und Verwaltung. Der fortschreitende Digitalisierungsprozess führt dazu, dass zunehmend auch Quereinsteiger mit entsprechender Berufserfahrung Chancen im öffentlichen Dienst erhalten. Mit Blick auf den beginnenden Frühling ist zudem mit einem Anstieg saisonaler Beschäftigung im Tourismus- und Veranstaltungsbereich zu rechnen. Anders stellt sich die Situation im Landkreis Sonneberg dar. Hier ist die Arbeitslosigkeit zuletzt stärker gestiegen als in

anderen Regionen Thüringens. Ursachen sind unter anderem strukturelle Veränderungen in der Industrie sowie demografische Effekte. Dennoch gibt es auch positive Entwicklungen. Traditionsunternehmen der Spielwaren- und Fertigungsindustrie suchen weiterhin Personal, zunehmend auch in modernen Tätigkeitsfeldern wie Digitalisierung, Prozessmanagement und Logistik. Parallel dazu setzen Kammern und Wirtschaftsförderer verstärkt auf Beratung und Existenzgründung. Informationsangebote und Sprechtag

sollen neue wirtschaftliche Impulse setzen und Beschäftigungsperspektiven schaffen. Für Arbeitssuchende bedeutet dies, dass neben klassischen Stellenangeboten auch alternative Wege wie Weiterbildung oder Selbstständigkeit an Bedeutung gewinnen. Insgesamt zeigt sich der Arbeitsmarkt im Weimarer Land und in Sonneberg im Wandel. Wer flexibel ist und sich auf neue Anforderungen einstellt, findet weiterhin Chancen – wenn auch unter anspruchsvolleren Bedingungen als in den Vorjahren.

Auf einem hohen Level lernen Weiterbildungen auf Hochschulniveau genießen in der Arbeitswelt großes Ansehen

Weimar. (DJD) Lebenslanges Lernen ist heute wichtiger denn je, um mit den rasanten Veränderungen in einer durch Digitalisierung geprägten Arbeitswelt Schritt zu halten. Mit gezielten Weiterbildungen kann man Wissen vertiefen, sich neue Kompetenzen aneignen und damit langfristig Karrierechancen sichern. Ein besonderes Ansehen und einen herausgehobenen Stellenwert auf dem Arbeitsmarkt genießen Weiterbildungen auf Hochschulniveau. Sie verbinden wissenschaftlich basiertes Fachwissen mit praxisrelevanten Kompetenzen, die unmittelbar im Berufsalltag angewendet werden können. Solche Qualifikationen bieten insbesondere Berufstätigen die Möglichkeit, sich gezielt und flexibel in einem bestimmten Fachbereich weiterzubilden – ohne ein komplettes Studium absolvieren zu müssen.



Im Notfall zählt jede Minute: Bei schweren Verletzungen mit großen Blutverlusten wird sofort als Blutersatz eine Vollelektrolytlösung als Infusion angelegt.

Foto: DJD/VKS/Getty Images/stefanamer

Maßgeschneiderte Weiterbildungen auf Hochschulniveau
An der Akademie der Privaten Hochschule Göttingen (PFH) beispielsweise kann man in zahlreichen Fernkursen im Selbststudium Wissen auf Hochschulniveau erwerben. Die Inhalte der Fernkurse stammen direkt aus den entsprechenden Bachelor- oder Master-Fernstudiengängen der niedersächsischen Hochschule. Die Ansprüche, Er-

wartungen und Bedürfnisse an eine Weiterbildung sind so vielfältig wie die Menschen, die sie nutzen. Manche möchten in einem Fernkurs ein Thema vertiefen, andere sich gezielt weiterqualifizieren und dabei ECTS-Punkte für ein Studium sammeln. In Göttingen lassen sich die unterschiedlichen Angebote deshalb individuell zuschneiden. Zulassungsbeschränkungen gibt es nicht, die Weiterbildungen können jederzeit begonnen

werden. Alle Informationen sowie eine Liste der Prüfungsorte in ganz Deutschland findet man unter www.pfh-akademie.de.

Breite Palette unterschiedlichster Angebote

Das inhaltliche Spektrum der angebotenen Kurse ist breit gefächert. Angefangen von Psychologie über Marketing und Vertrieb bis hin zum Projekt- und Prozessmanage-

ment. Zum Referenten für Arbeitsrecht oder im Logistikmanagement kann man sich ebenso weiterbilden lassen wie zum Pre-Bachelor BWL. Hier werden Kenntnisse und Fähigkeiten im Umfang eines halben Bachelor-Studiengangs BWL vermittelt, die das Fundament für eine Karriere in Unternehmen und Non-Profit-Organisationen legen können und auch auf ein späteres Studium voll anrechenbar sind.

Tag der Berufe öffnet Unternehmen für Schüler

Apolda/Bad Berka. (FS) Einen praxisnahen Einblick in die Arbeitswelt bietet der Tag der Berufe am Mittwoch, 18. März 2026. Die Veranstaltung wird von der Agentur für Arbeit Thüringen Mitte organisiert und richtet sich an Schülerinnen und Schüler ab der 7. Klasse. Anders als bei einer klassischen Messe besuchen die Jugendlichen direkt Betriebe und Einrichtungen vor Ort und lernen Berufe im realen Arbeitsumfeld kennen. Der Tag der Berufe findet dezentral bei verschiedenen Unternehmen und Institutionen unter anderem in Apolda und Bad Berka statt. Ziel ist es, frühzeitig Orientierung zu geben und praktische Eindrücke aus unterschiedlichen Berufsfeldern zu vermitteln. Die Teilnehmer erhalten dabei Einblicke in Arbeitsabläufe, Ausbildungsinhalte und Anforderungen und können direkt mit Fachkräften ins Gespräch kommen. Die Anmeldung zum Tag der Berufe ist noch bis zum 11. März 2026 möglich. Damit gelten die ersten Märzwochen als entscheidende Phase für Schüler, um sich einen der begrenzten Plätze zu sichern. Mehr Infos finden Sie unter: www.arbeitsagentur.de/vor-ort/rd-sat/tag-der-berufe

Psychische Probleme bei Azubis nehmen zu

Weimar. (DJD) Psychische Belastungen sind bei jungen Menschen längst kein Randthema mehr – und das macht sich auch in der Ausbildung bemerkbar. Nach aktuellen Daten der IKK classic ist der Anteil seelischer Erkrankungen bei Auszubildenden in den vergangenen Jahren gestiegen und zählt inzwischen zu den häufigsten Ursachen für Fehlzeiten. Besonders stark betroffen sind Azubis in der Industrie, während die Werte im Handwerk deutlich niedriger liegen. Gründe könnten feste Tagesstrukturen, Bewegung und ein starkes Gemeinschaftsgefühl sein. Wichtig ist, Warnzeichen früh zu erkennen, etwa sozialen Rückzug, Stimmungsschwankungen oder häufige Krankmeldungen. Betriebe und Ausbilder sollten das Gespräch suchen. Unter www.ikk-classic.de finden sich Hilfsprogramme und weitere Tipps.



Wir suchen einen engagierten

Telefonisten m/w/d

für den direkten Kontakt zu unseren Kunden. Quereinsteiger jeden Alters willkommen.

Sie haben Freude am Telefonieren und sind kommunikationsstark? Dann bereichern Sie gern unser Team.

Wir bieten Ihnen einen Voll- oder Teilzeit-Arbeitsplatz (auch auf Minijob-Basis möglich) bei der BÜRGERZEIT aktuell in Schleiz oder in Ihrem Homeoffice.

Interessiert? Dann bewerben Sie sich noch heute:

wgv Schleiz GmbH

Herr Grimm, Geraer Straße 12, 07907 Schleiz
w.grimm@wgvschleiz.de

Tag der offenen Tür an der SBBS Sonneberg

Sonneberg. (FS) Für viele Schulabgänger der Region ist der Tag der offenen Tür an der Staatliche Berufsbildende Schule Sonneberg ein fester Orientierungspunkt. Am Freitag, 6. März 2026, öffnet die Schule in der Max-Planck-Straße 49 von 14 bis 18 Uhr ihre Türen und informiert umfassend über Bildungs- und Abschlussmöglichkeiten. Im Mittelpunkt steht das Berufliche Gymnasium, das insbesondere mit den Zweigen Technik und Wirtschaft wirbt. Im technischen Bereich werden die Schwerpunkte Elektrotechnik sowie Daten- und Informationstechnik vorgestellt. Diese gelten als wichtige Grundlage für ein späteres Studium oder eine qualifizierte Laufbahn in Industrie und Technologie. Für Unternehmen der Region wie Wiegand-Glas und PIKO ist das Berufliche Gymnasium mit technischem Profil eine

zentrale Nachwuchsquelle für angehende Ingenieure und Fachkräfte. Lehrkräfte und Schüler stehen während des Nachmittags für Gespräche zur Verfügung, geben Einblicke in Unterrichtsinhalte und informieren über Zugangsvoraussetzungen sowie Perspektiven nach dem Abschluss. Auch Fragen zu Prüfungen, Praktika und möglichen beruflichen Wegen können vor Ort geklärt werden. Besondere Bedeutung kommt dem Termin auch mit Blick auf die Bewerbungsfristen zu. Anmeldungen für das Berufliche Gymnasium sind noch bis zum 21. März 2026 möglich. Der Tag der offenen Tür gilt damit als letzte Gelegenheit, sich vor Fristende umfassend zu informieren und persönliche Eindrücke von Schule und Ausbildungsangebot zu gewinnen.



Wir, die wgv Schleiz GmbH sind ein inhabergeführtes Familien-Unternehmen und Herausgeber der „BÜRGERZEIT aktuell“. Damit erreichen wir in Ostthüringen und im Vogtland monatlich über 200.000 Haushalte in der Region zwischen Königsee und Plauen, zwischen Greiz und Pöbneck.

Wir suchen

Verkaufstalente (m/w/d) – werden Sie Teil des BÜRGERZEIT aktuell Teams!

Sie beraten und verkaufen gern und können Ihre Kunden und sich begeistern? Sie sorgen für den guten Eindruck, sind schlagfertig, kontaktfreudig und abschlussstark?

Was Sie erwartet:

- Festanstellung, Handelsvertreter oder Minijob möglich
- Festes Monatsgehalt zuzüglich Prämien und umsatzorientierten Zuschlägen
- Im Markt eingeführte Produkte (BÜRGERZEIT aktuell, Kalender, Broschüren)
- Ein umfangreicher, zu übernehmender Kundenstamm
- Festanstellung in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis mit Arbeitsort Schleiz oder in Ihrem Homeoffice
- Ein sympathisches und aufgeschlossenes Team, flache Hierarchien
- Vermögenswirksame Leistungen

Interessiert? Dann melden Sie sich – unkompliziert und schnell:
per Mail: w.grimm@wgvschleiz.de



70 Milliarden Euro für das Bürgergeld Krankenkassen verklagen Deutschland

Von **Hans-Jürgen Irmer** (red). 5,5 Millionen Bürgergeldempfänger, darunter weit mehr als die Hälfte mit ausländischem Pass, addiert man die mit Migrationsgeschichte hinzu, dürfte der Anteil vermutlich bei mindestens 70 Prozent liegen, kosten den Steuerzahler offiziell ca. rund 50 Milliarden Euro pro Jahr. Das sind die Zahlungen der Regelsätze und Sozialbeiträge, das ist die Übernahme der Wohn- und Heizkosten sowie eine Beteiligung der Kommunen an den Unterkunftskosten. Was in diesen Zahlen nicht enthalten ist, sind die Krankenkassenkosten für Bürgergeldempfänger, die nach Angaben der Krankenkassen bei etwa 10 Milliarden Euro liegen. Wenn man dann noch addiert, dass die Jobcenter der Bundesanstalt für Arbeit rund 9 Milliarden Euro erhalten, um Bürgergeldempfänger in die Arbeit zu vermitteln, liegt man bei sehr realisti-

schen 70 Milliarden Euro. Mehrheit sucht keinen Job Nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung gaben 57 Prozent der Befragten an, im zurückliegenden Monat nicht nach einem neuen Job gesucht zu haben. Immerhin 25,5 Prozent waren so ehrlich, zu sagen, dass sich ihre finanzielle Lage durch die Jobsuche nicht verbessern werde. Mit anderen Worten, ein Teil der Bürgergeldempfänger richtet sich zu Lasten der fleißigen Arbeitnehmer, Angestellten, Unternehmer, Freiberuflern, die jeden Tag hart arbeiten, zu hohe Steuern zahlen müssen und einen hohen persönlichen Einsatz fahren, vergleichsweise sehr bequem ein. Dankenswerterweise, sonst wäre der Staat am Ende. SPD blockt Vor diesem Hintergrund ist es völlig zutreffend, dass die Politik auf der Bundesebene versucht, denjenigen finanziellen Schrauben anzulegen, die sich

der Arbeit verweigern. Wieso muss Deutschland eigentlich hunderttausende Afghanen, hunderttausende Syrer, hunderttausende Ukrainer, hunderttausende aus den Maghreb-Staaten... finanzieren? Mit welchem Recht wird in letzter Konsequenz dafür Geld ausgegeben, und auf der anderen Seite fehlt das Geld für Pflegebedürftige, deren Eigenanteil an den Pflegekosten immer mehr steigt, obwohl sie in aller Regel ihr Leben lang hart gearbeitet haben. Krankenkassen machen mobil Wieso müssen die gesetzlich Versicherten über ihre Beiträge, und auch die Arbeitgeber anteilig, 10 Milliarden Euro deshalb zahlen, weil der staatliche Zuschuss an die Krankenkassen für die Bürgergeldempfänger mit ca. 130 Euro pro Monat deutlich zu niedrig ist? Es sind genau diese versicherungsfremden Leistungen, die die Krankenkassenbeiträge in den letzten

Jahren steigen ließen. Deshalb haben die Kassen durch den Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV) eine erste Klage gegen die Bundesregierung wegen der andauern-den Unterfinanzierung eingereicht. Nach ihrer Auffassung decken die staatlichen Leistungen nur ein Drittel der tatsächlichen Kosten. Ein Thema, das seit Jahren allen Bundesregierungen bekannt ist. Die jetzige Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) hatte den Krankenkassen, so berichtete es die „Neue Zürcher Zeitung“, die Übernahme der Gesundheitskosten für die Empfänger von Sozialleistungen versprochen. Im neuen Bundeshaushalt sind dafür allerdings keine Kosten veranschlagt. SPD belastet lieber Arbeitnehmer und Arbeitgeber Man mag sich an die leeren Versprechungen des ehemaligen Bundesarbeitsministers Hubertus Heil (SPD) gar nicht

mehr erinnern, was mit dieser Bürgergeldreform, die Hartz 4 abgelöst hat, alles Großartiges bewirkt werden soll. Von mehr Vermittlung in den Job, weniger Kosten und anderem mehr, alles Märchen. Eigentlich müsste sich die SPD als selbsternannte Partei der Arbeiter ernstlich darum bemühen, die Sozialkostenbeiträge der Arbeitnehmer zu reduzieren, indem diese von den versicherungsfremden Leistungen beseitigt werden. Das geht nur, wenn entsprechender Druck auf arbeitsunwillige Bürgergeldempfänger ausgeübt wird. Um nicht missverstanden zu werden, wenn jemand unverschuldet in Not gerät, hat er die Solidarität dieser Gesellschaft verdient. Wer sich aber verweigert, hat zumindest nach meinem Verständnis keinerlei Anspruch auf irgendeine Form staatlicher Leistung. Die heutige Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) hat nicht nur beim Rentengesetz

getrickst. Sie versucht auch in diesem Bereich wieder durch die Hintertürchen Verbesserungen für Bürgergeldempfänger zu erreichen, so dass die Wirkung geplanter Verschärfungen gegen Null geht. In der SPD gibt es aktuell ein Mitgliederbegehren gegen die geplante Bürgergeldreform, das vom Parteivorstand für zulässig erklärt wurde. Nicht zu vergessen der Vorwurf der Jusos an die Adresse von Bärbel Bas, dass der Bürgergeldgesetzentwurf „Bullshit“ sei und dass der, so die Basis-Chefin von NRW, ein „Drecksentwurf“ sei. Es sei ihr komplett egal, „was irgendeine Scheiß-Union“ wolle. Nichts begriffen Wenn es der Bundesregierung nicht gelingt, diese Zahlen dramatisch zurückzuführen, gibt es eine weitere Kostenexplosion für Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Steuerzahler. Und das alles hängt zu einem hohen Prozentsatz mit Migration zusammen. Deshalb ist

eine Politik der offenen Grenzen grundfalsch. Sie geht zu Lasten Deutschlands. Und wenn die Union sich in dieser Frage nicht knallhart gegen den kleinen Juniorpartner auf Bundesebene durchsetzt, wird das Vertrauen in die Union weiter schwinden, so wie das Vertrauen der Bürger in den letzten wenigen Jahren dramatisch geschwunden ist. Vertrauensverlust Nach einer aktuellen Allensbach-Studie vertrauen nur noch 28 Prozent der Deutschen der Bundesregierung. Den Medien vertrauen nur noch 22 Prozent. Das sollte den rot-grünen Mainstream-Medien einmal zu denken geben. Den Parteien vertrauen nur noch 17 Prozent. Das kann und darf niemanden ruhig lassen, denn damit einhergehend erodiert das Vertrauen in die Demokratie, und die Demokratie ist ohne Wenn und Aber die beste aller denkbaren Staatsformen.

Beilagenwerbung

punktgenau mit Alleinstellungsmerkmal

Zustellung mit der Deutschen Post AG

Suchen Sie sich Ihr Wunsch- zustellgebiet ohne weitere Nebenkosten aus!

BÜRGERZEIT aktuell
Ausgabe Plauen-Oelsnitz-Mühltruff-Pausa-Elsterberg

Zustellung mit der Deutschen Post

PLZ	Ort	Ortsteil	Anz. HH	TZ	PLZ_ZSP	Zustellstützpunkt	Auswahl
07919	Pausa-Mühltruff	Langenbach	150	B	07907	Schleiz	
07952	Pausa-Mühltruff	Mühltruff	575	B	07907	Schleiz	
07952	Pausa-Mühltruff	Ebersgrün	127	B	07937	Zeulenroda	
07952	Pausa-Mühltruff	Linda	27	B	07937	Zeulenroda	
07952	Pausa-Mühltruff	Pausa	1159	B	07937	Zeulenroda	
07952	Pausa-Mühltruff	Ranspach	103	B	07937	Zeulenroda	
07952	Pausa-Mühltruff	Thierbach	110	B	07937	Zeulenroda	
07952	Pausa-Mühltruff	Unterreichenau	52	B	07937	Zeulenroda	
07973	Greiz	Wallengrün	38	B	07937	Zeulenroda	
07973	Greiz	Schönbach	185	B	07937	Zeulenroda	
07985	Elsterberg	Coschütz	71	B	07973	Greiz	
07985	Elsterberg	Cunsdorf	242	B	07973	Greiz	
07985	Elsterberg	Elsterberg	56	B	07973	Greiz	
07985	Elsterberg	Görschitz	1275	B	07973	Greiz	
07985	Elsterberg	Kleingera	115	B	07973	Greiz	
07985	Elsterberg	Losa	170	B	07973	Greiz	
08239	Plauen	Nollwitz	48	B	07973	Greiz	
08496	Neumark	Scholas	64	B	07973	Greiz	
08523	Plauen	Trieb	34	B	07973	Greiz	
08523	Plauen	Christchwitz	259	B	07973	Greiz	
08523	Plauen	Hammervorstadt	884	B	08209	Auerbach	
08523	Plauen	Posse	4	B	08468	Reichenbach	
08523	Plauen	Stadtmitte	294	A	08525	Plauen	
08523	Plauen	Südvorstadt	15	A	08525	Plauen	
08525	Plauen	Thiergarten	4684	A	08525	Plauen	
08525	Plauen	Westend	9	A	08525	Plauen	
08525	Plauen	Hammervorstadt	14	A	08525	Plauen	
08525	Plauen	Hausbrunn	3800	A	08525	Plauen	
08525	Plauen	Kauschwitz	146	A	08525	Plauen	
08525	Plauen	Preißigpöhl	2570	A	08525	Plauen	
08525	Plauen	Reißig	360	A	08525	Plauen	
08527	Plauen	Stadtmitte	1863	A	08525	Plauen	
08527	Plauen	Brand	526	A	08525	Plauen	
08527	Plauen	Hammervorstadt	1665	A	08525	Plauen	
08527	Plauen	Linda	33	A	08525	Plauen	
08527	Plauen	Melbach	28	A	08525	Plauen	
08527	Plauen	Neinhardt	10	A	08525	Plauen	
08527	Plauen	Neinhardt	56	A	08525	Plauen	
08527	Plauen	Neinhardt	62	A	08525	Plauen	
08527	Plauen	Neinhardt	64	A	08525	Plauen	

Fragen Sie uns! **wgv Schleiz GmbH**

Geraer Straße 12 · 07907 Schleiz · Tel. 03663.4067582 oder per Mail: w.grimm@wgvschleiz.de



Sehen Sie hierzu
die Rede im
Sonderplenum zur
Ministeraffäre



Neues vom roten Lügenbaron

Hat wegen fortgesetzten Amtsmissbrauchs einen schlechten Leumund: Thüringens Innenminister Georg Maier.

Der furchtbare Krieg in der Ukraine geht nun schon ins vierte Jahr – und noch ist kein Ende in Sicht. Statt diplomatische Initiativen zu starten, dient sich die Berliner Regierungskoalition weiterhin der Rüstungsindustrie an – dem einzigen Wirtschaftszweig in Deutschland, der in der Krise nicht wackelt, sondern im Gegenteil einen großen Aufschwung erlebt. In diesen Krisenzeiten hat die Debattenkultur einen neuen Tiefpunkt erreicht: Nach »Klima« und »Coronaleugnern« ist der »Putinfreund« zum neuen Feindbild avanciert. Also ein Mensch, der Sachlichkeit und Friedensliebe über ein moralisierend-simples Freund-Feind-Schema stellt.

In Thüringen bildet vor allem Innenminister Georg Maier die Speerspitze dieses »Schwarz-

Weiß-Denkens«. Auf seinem pseudoreligiösen Kreuzzug gegen die Thüringer AfD – und nicht zuletzt auch gegen meine Person – steigerte sich Maier kürzlich in eine Spionagefantasie hinein, die nur noch als irrational und von persönlichem Hass geleitet interpretiert werden kann: In ihren Anfragen an sein Ministerium arbeite

Maier aus seiner langjährigen parlamentarischen Tätigkeit bekannt sein dürfte –, sondern es steht seiner Behörde auch vollkommen frei, eine Antwort zu verweigern, sollte es Bedenken bezüglich der inneren Sicherheit geben.

Auch wenn vereinzelte Akteure der etablierten Politik die Behauptungen des Thüringer

Kollegen im Bund hüllten sich in Schweigen. Zwar war es ihm erwartungsgemäß gelungen, die Aufmerksamkeit der Medien zu erringen, einen Beweis allerdings blieb er schuldig. Inzwischen wurden die Aussagen Maiers in einem Gerichtsurteil als »unbelegte Tatsachenbehauptungen« abgekanzelt. Die Richter am Landgericht haben Maier eine verdiente Ohrfeige erteilt und uns empfohlen, gegen ihn Anzeige zu erstatten. Weiser machte dies Georg Maier indes nicht – sogleich verstieg er sich in die irrige Annahme, die AfD plane die »Deportation deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund«, was von uns nie gefordert wurde. Der Thüringer Innenminister mag zwar in seinem Auftreten auch über das heute übliche Maß ideologisch verblendet sein – er ist damit jedoch ein anschauliches Beispiel dafür, wie sehr überschäumende Emotionen, ein Mangel an pragmatischer Sachlichkeit und eine bedarfsgeleitete Scheinmoral die Politik Deutschlands prägen.

»Wenn es den Kaiser juckt, so müssen sich die Völker kratzen«, sagte einst Heinrich Heine, der damals schon erkannt hatte, wie die Launen der Mächtigen die Bevölkerung ins Unglück reißen können.

»Nur die Lüge braucht die Stütze der Staatsgewalt. Die Wahrheit steht von alleine aufrecht.«

— Thomas Jefferson —

die AfD eine »Auftragsliste des Kremls« ab, so Maiers wüste Mutmaßung. Nun sind diese Anfragen zu aktuellen Themen nicht nur Teil der legitimen Oppositionsarbeit – was Georg

Innenministers sogleich eifrig wiederholten, blieb die bundesweite Reaktion darauf verhalten. Zu Recht: Noch nicht einmal das Innenministerium selbst konnte die Vorwürfe bestätigen, Maiers

Ausblick 2026

Das Jahr bringt große Herausforderungen: Wegen des undiplomatischen Agierens von Merz & Co. steigt die Kriegsgefahr weiter – die AfD hält als Friedenskraft dagegen. Die geplante Wiedereinführung der Wehrpflicht beschäftigt ganz Deutschland – die anstehenden Musterungen junger Männer lassen einen künftigen Einsatz in fremden Kriegen befürchten. Auch aus Thüringen wird die westliche Staatsschuldenkrise befeuert: Die Brombeer-Regierung belastet unseren Freistaat mit einer historischen Neuverschuldung. Für die aufgenommenen Schulden werden unsere Kinder und Enkel bezahlen müssen. Wenn wir regieren, werden wir das Prinzip der Generationengerechtigkeit durchsetzen – versprochen! In Thüringen ist die AfD in Richtung absoluter Mehrheit unterwegs. Die Wähler sehnen sich nach einer wirklichen Alternative zu den ununterscheidbar gewordenen Altparteien. Sie wollen echte Demokratie statt Meinungsunterdrückung!



Kommentar von **Björn Höcke**



Björn Höcke



Auch unser kleines Thüringen lässt sich von der Berliner Politik bereitwillig in die große Weltpolitik hineinziehen. Denn was die Bundesregierung – aktuell unter Friedrich Merz – in der Außenpolitik anrichtet, dem eifern die Landesregierungen unbeirrt nach. Um im Freistaat an der Machtausübung beteiligt zu sein, ignorierte die Spitzenkandidatin des BSW, Katja Wolf, sogar die kriegsskeptische Linie ihrer Bundespartei, so wie vorher der linke Ministerpräsident Ramelow: Nur zu gut erinnere ich mich daran, wie dieser zu Beginn des Konfliktes lautstark gegenüber der »Thüringer Allgemeinen« einforderte, »man müsse eskalieren, bevor Putin eskaliert«. Ausgerechnet die traditionelle Thüringer Glasindustrie würde der Kriegsbegeisterung zum Opfer fallen – das begriff Ramelow erst, als ihn wegen der 8.000 gefährdeten Arbeitsplätze harte Kritik traf. Sein Hilferuf an den damaligen Wirtschaftsminister Habeck erfolgte viel zu spät – und Habeck ließ Thüringen eiskalt hängen. Ein Stück Thüringer Geschichte starb. Denn zum Betrieb der Schmelzwannen ist vor allem eins in großen Mengen notwendig: Erdgas. Das sollte es nach dem Willen der Berliner Politik aber nicht mehr günstig aus Russ-

land geben, sondern von nun an kostspielig als Flüssiggas aus den USA herangeschafft werden. Anstatt sich für den Thüringer Mittelstand starkzumachen, gab Ramelow den lautstarken Außenpolitiker und ruderte erst zurück, als ein Proteststurm über ihn hereinschwappte. Doch es war bereits zu spät. Auch das von Ramelow vollmundig angekündigte Forschungsprogramm zur Umstellung auf elektrische Wannen ist bislang nicht umgesetzt: Die jetzt in der Erprobungsphase stehenden Hybridwannen sind in der Anschaffung viel zu teuer, um eine Lösung für kleinere und mittlere Unternehmen zu bieten. Produktionen werden ins Ausland verlegt, Arbeitslosigkeit droht.

Machen wir uns bewusst: Wenn in den Medien von Hunderten Arbeitsstellen die Rede ist, welche im Zuge einer Krise abgebaut werden, dann sind das nicht nur Zahlen. So empathielos können es nur kriegsbegeisterte Ideologen betrachten. Vielmehr stehen dahinter die Schicksale und die Zukunft Tausender Thüringer Familien, die von niemandem gefragt wurden, ob sie die Kriegsbegeisterung in Bund und Land mittragen wollen. »Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen den Krieg, bis ich herausfand, dass es welche gibt, die dafür sind, besonders die, die nicht hingehen müssen.« Noch ein treffendes Zitat, diesmal eines des deutschen Schriftstellers Erich Maria Remarque. Die Na-

tionalsozialisten verbrannten seine Schriften, weil diese von den Schrecken des Krieges berichten und daher »schädlich« seien. Noch bis vor wenigen Jahren hätte sich wohl kaum jemand vorstellen können, wie sehr sich Deutschland noch einmal von Kriegspropaganda mitreißen lassen würde, nur weil die Verantwortlichen glauben, diesmal auf der »richtigen Seite« der Geschichte zu stehen. Es werden dabei alle Register gezogen, die sich schon in der Vergangenheit bewährt haben, um jegliche Kritik zum Schweigen zu bringen, von der Dämonisierung des Gegners bis hin zur Diffamierung der Kritiker als »Vaterlandsverräter«. Es ist eine Wortwahl aus der Mottenkiste jener Vergangenheit, welche man doch vollmundig zu bekämpfen vorgibt. Junge Menschen, denen es nach Vorgabe linker Ideologen nicht gestattet war, eine positive Bindung zu Deutschland und seiner Kultur aufzubauen, sollen plötzlich im Interesse Dritter zum Wehrdienst eingezogen werden, vorgeblich zur »Landesverteidigung«. Dahinter muss der Gedanke um die Gründung einer Familie und auch die berufliche Zukunft zurückstehen. Völkerverständigung jedoch wird aus Pragmatismus und Vernunft geboren – und aus jenem Handel, den wir im Interesse

Deutschlands und Thüringens wieder aufnehmen müssen. Damit im Freistaat endlich wieder ein wirtschaftlicher Aufschwung entsteht, der die Zukunft sichert. Das sollte unser politisches Handeln im neuen Jahr bestimmen – auch wenn unser Beitrag aus der Landespolitik dabei nur bescheiden sein kann. Es geht um die junge Generation, die nicht dem Krieg geopfert werden darf, und darum, für alle Bürger des Freistaats eine lebenswerte Zukunft zu gestalten. Unsere Hoffnung, aus Thüringen heraus etwas in die richtige Richtung bewegen zu können, dürfen wir uns nicht nehmen lassen!

Björn Höcke



Impressum

V.i.S.d.P.: Björn Höcke
Bürgerinformation der
AfD-Fraktion im
Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

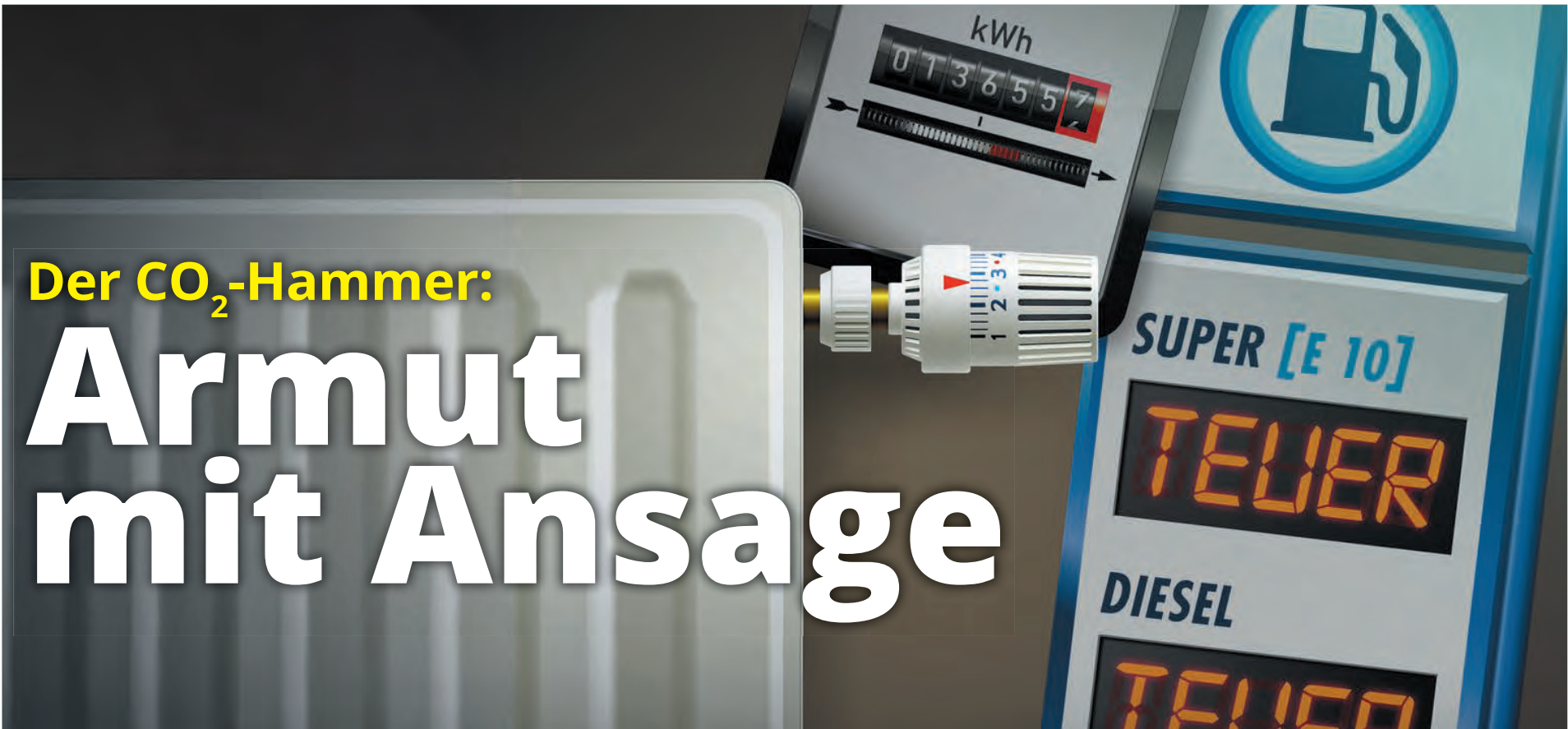
Auflage: 650.000 Stück



Sämtliche
Social-Media-Kanäle
finden Sie unter:

► <https://afd-thl.de/social>





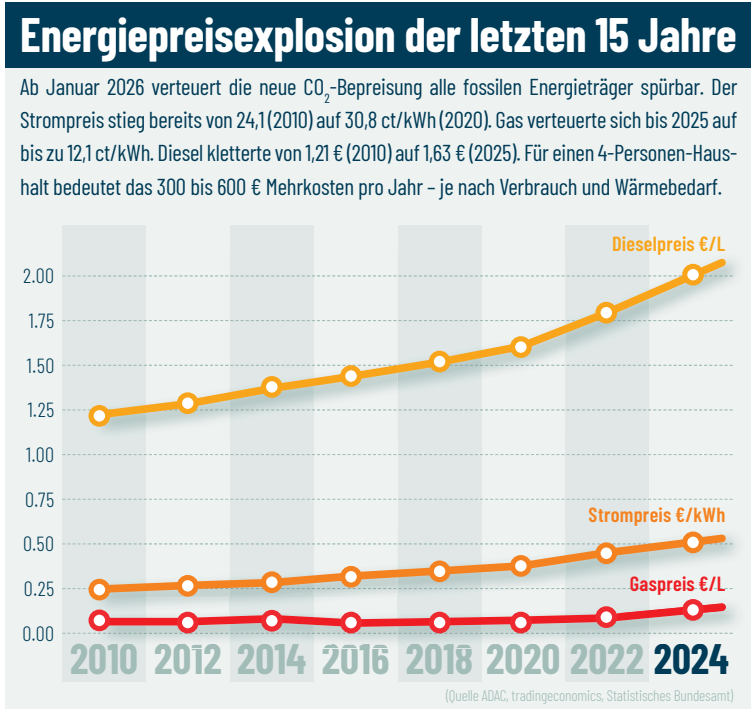
Für Familie Neumann aus einem kleinen Ort bei Weimar beginnt das Jahr 2026 mit einem Gefühl, das viele Menschen im Freistaat teilen: dem leisen Kampf zwischen Hoffnung und wachsender Angst. Vater Martin arbeitet im Maschinenbau, Anne in einer Kita, während die Zwillinge im Nachbardorf zur Schule gehen. Urlaube, kleine Träume und ein Stück Unbeschwertheit sind längst verloren. Mit der neuen CO₂-Bepreisung zieht nun ein weiterer Schatten über das ohnehin enge Haushaltsbudget. Ab 2026 wird Energie teurer, weil Emissionszertifikate versteigert werden und der Preis nicht mehr planbar ist. In einer Zeit, in der Gas durch die EU-Sanktionen gegen Russland ohnehin massiv verteuert wurde, fühlen

sich Menschen wie die Neumanns dieser Entwicklung ausgeliefert – als könnten sie nur noch zusehen, wie die Rechnungen Monat für Monat steigen. Ihr unsaniertes Haus aus DDR-Zeiten verliert im Winter viel Wärme. Jeder zusätzliche Euro für Gas schmerzt. 30 bis 50 Euro mehr im Monat: Für manche kaum spürbar, für die Neumanns ein tiefer Einschnitt. Wenn abends das Haushaltsbuch geöffnet wird, friert nicht nur das Haus – es friert auch die Zuversicht. Auch auf Martins Arbeitsweg wird die Luft dünner. Sein alter Kombi ist unverzichtbar, denn öffentlicher Nahverkehr ist unzuverlässig und nicht auf Schichtzeiten abgestimmt. Jeder Cent mehr an der Zapfsäule lastet schwer. Im Supermarkt in

Apolda setzen sich die Sorgen fort: Brot, Fleisch, Gemüse – fast alles wird teurer. Dinge, die viele inzwischen seltener kaufen, nicht aus Verzicht, sondern aus Not. Hinzu kommt die Angst um den Arbeitsplatz. Steigende Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Verlagerungspläne verunsichern viele. Für Martin Neumann sind das keine Statistiken, sondern die reale Sorge, den Boden unter den Füßen zu verlieren. Währenddessen feiert sich die Brombeerkoalition im Thüringer Landtag für ihren Haushalt. Geld für Migranten und ideologische Projekte ist da, Initiativen zur Entlastung der eigenen Bevölkerung werden abgelehnt. Viele blicken nun auf 2029. Dann wird neu gewählt. Dann gibt es die Chance zur Abrech-

nung. Martin Neumann sagt offen: »Ich wähle den Höcke und die AfD. Für uns hier ist das die letzte Chance. Sonst geht bald das Licht aus.« Die Energiewende hat großen Schaden angerichtet. Die CO₂-

Bepreisung trifft Familien und Betriebe zugleich – jene, die einfach nur leben und arbeiten wollen. Familie Neumann bleibt die Hoffnung, dass diese Lasten nicht für immer bleiben – und Thüringen wieder durchatmen kann.



Deindustrialisierung in Thüringen

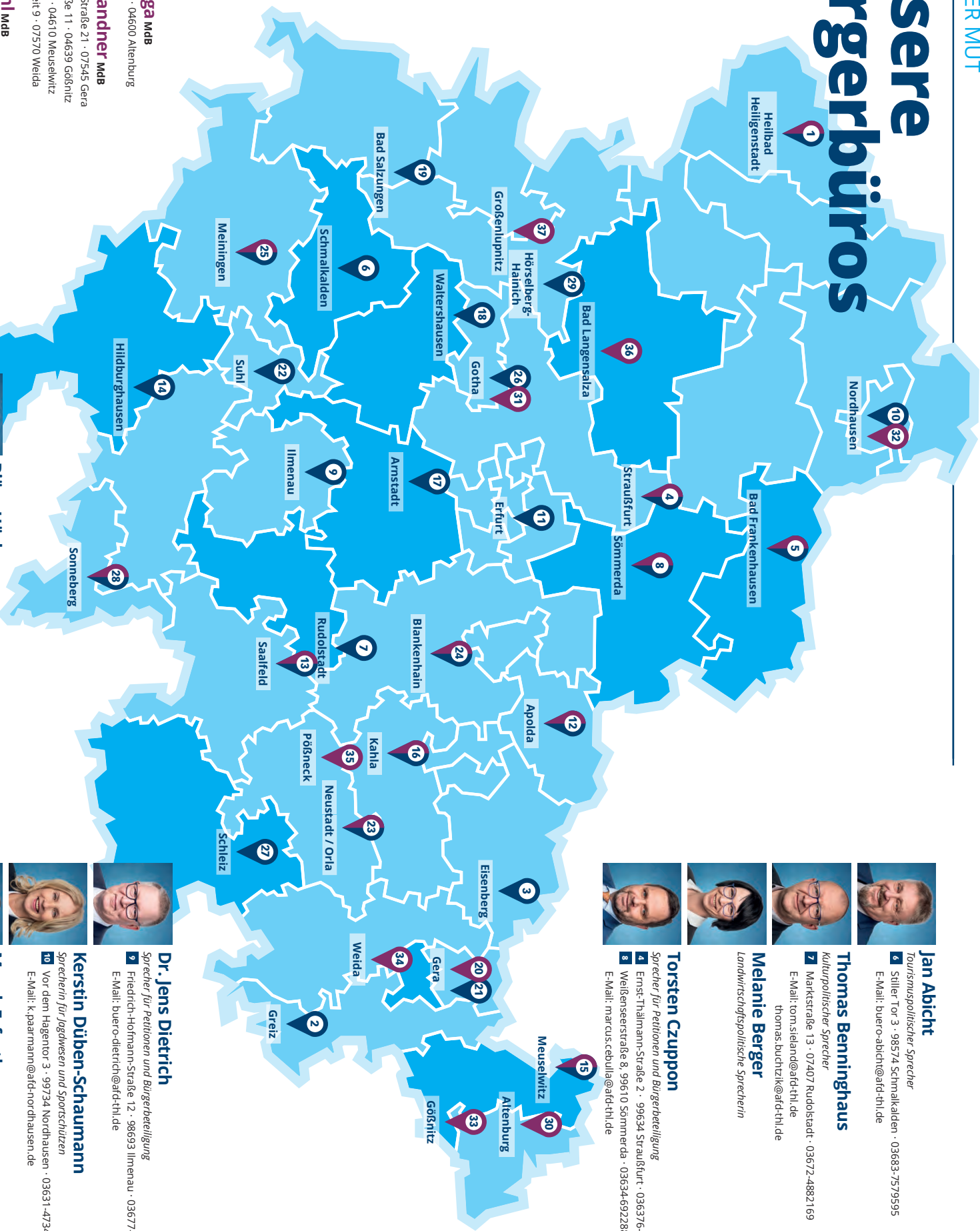
Die Deindustrialisierung Thüringens ist längst keine abstrakte Gefahr mehr, sondern in den Werkshallen des Freistaats Realität. Immer mehr Betriebe geraten ins Wanken, weil die Produktionskosten schneller steigen als die Erträge. Vor allem die Energiepreise treiben Unternehmen an die Belastungsgrenze. Deutschland hat inzwischen die höchsten Industriestrompreise Europas – verursacht durch Netzentgelte, Abgaben, Stromsteuern und die national eingeführte CO₂-Bepreisung. Diese wurde ab 2019 unter Angela Merkel beschlossen und später durch die Ampelregierung weiter erhöht. Zusätzlich verteuern die EU-Sanktionen gegen Russland die

Gaspreise, was energieintensive Industrien besonders hart trifft. In Thüringen zeigen konkrete Beispiele, wie ernst die Lage ist. Beim Automobilzulieferer Neumayer Tekfor in Schmöln stehen rund 380 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Offiziell ist von »wirtschaftlichen Schwierigkeiten« die Rede, tatsächlich belasten explodierende Energiepreise, steigender CO₂-Druck und internationale Konkurrenz, die deutlich günstiger produziert. Auch ContiTech begründet geplante Verlagerungen mit massivem Kostendruck. Tätigkeiten sollen ins Ausland gehen, weil die Produktion in Deutschland und gerade an Thüringer Standorten zu teuer geworden ist. Der Leichtmetallgießer

AE Group in Gerstungen musste nach jahrelangem Ringen Ende 2025 endgültig schließen. Selbst Hochtechnologiebetriebe wie Schott in Jena haben Teile ihrer Fertigung ins Ausland verlagert. Die Zukunft des Musashi-Werks in Leinefelde bleibt ebenfalls ungewiss: Die Zerspanung wurde bereits geschlossen, Produktionskapazitäten und Arbeitsplätze gehen verloren. Diese Fälle ergeben ein bedrohliches Gesamtbild. Schließt ein Unternehmen oder wandert ab, trifft das nicht nur die Belegschaft, sondern ganze Wertschöpfungsketten. Zulieferer, Logistik, Handwerk und Dienstleister hängen unmittelbar an diesen Betrieben. Jede Verlagerung reißt Lücken in

kommunale Haushalte und das soziale Gefüge ganzer Regionen. Thüringen droht zum Brennpunkt einer Deindustrialisierung zu werden, die sich bundesweit abzeichnet. Die Ursachen sind offensichtlich: politisch verteuerte Energie, hohe Abgaben, regulatorische Lasten und Bürokratie. Während andere Länder Energie absichern oder subventionieren, werden deutsche Betriebe weiter belastet. Die Thüringer Brombeerkoalition schaut dieser Entwicklung weitgehend tatenlos zu – konkrete Entlastungsinitiativen bleiben aus. So steht nicht weniger als die industrielle Basis Thüringens auf dem Spiel.

Unsere Bürgerbüros



Jan Abicht
Tourismuspolitischer Sprecher
2 Stiller Tor 3 · 98574 Schmalkalden · 03683-7579595
E-Mail: buero-abicht@aifd-thl.de



Thomas Benninghaus
Kulturpolitischer Sprecher
7 Marktstraße 13 · 07407 Rudolstadt · 03672-4882169
E-Mail: tom.sieland@aifd-thl.de
thomas.burczlik@aifd-thl.de



Melanie Berger
Landwirtschaftspolitische Sprecherin



Torsten Czuppon
Sprecher für Petitionen und Bürgerbeteiligung
2 Ernst-Thälmann-Straße 2 · 99634 Straußfurt · 036376-629925
8 Weißenseestraße 8, 99610 Sommerda · 03634-6922888
E-Mail: marcus.cebulis@aifd-thl.de



Denny Jankowski
Bildungspolitischer Sprecher
16 Rudolf-Breitscheid-Straße 4 · 07768 Kahla · 01525-6490672
E-Mail: buero-jankowski@aifd-thl.de



Olaf Kießling
Sprecher für Direkte Demokratie
17 Rosenstraße 22 · 99310 Arnstadt · 03628-5194540
E-Mail: buero-kiessling@aifd-thl.de



Marcel Kramer
Verkehrspolitischer Sprecher
18 Bremerstraße 12 · 99880 Waltershausen · 03622-61 89 898
E-Mail: buero.kramer@aifd-thl.de



Uwe Krell
Sprecher für Wohnungsbau-wirtschaft
19 Steinweg 26 · 36433 Bad Salzungen · 03695-8584784
E-Mail: buero-krell@aifd-thl.de



Dieter Laudenbach
Sprecher für Seniorenpolitik
20 Rudolf-Diener-Straße 17 · 07545 Gera · 0365-82426-20
und 0365-82426-30
E-Mail: buero-laudenbach@aifd-thl.de



Dr. Wolfgang Lauerwald
Gesundheitspolitischer Sprecher
21 Reichsstr. 52 · 07545 Gera · 0179-4670069
E-Mail: buero-lauerwald@aifd-thl.de



Thomas Luhn
Sprecher für Soziales und Menschen mit Behinderung
22 Marienstieg 1 · 98527 Suhl · 03681-458165
E-Mail: buero-luhn@aifd-thl.de



Elisabeth Mengel-Stähle
Familienpolitische Sprecherin



Ringo Mühlmann
Innenpolitischer Sprecher, Sprecher für Bürgerrechte und Verfassungs-schutzangelegenheiten
23 Ernst-Thälmann-Straße 7b · 07806 Neustadt a. d. Orla · 0176-5586 2224
E-Mail: buero-muehlmann@aifd-thl.de



Brunhilde Nauer
Hauswirtschaftspolitische Sprecherin
24 August-Bebel-Straße 9 · 99444 Blankenhain · 036459 639497
E-Mail: brunhilde.nauer@aifd-thl.de



Vivien Rottstedt
Kommunalpolitische Sprecherin, Jugendpolitische Sprecherin
25 Eleonorenstraße 10 · 98617 Meiningen · 03693-5016231
E-Mail: buero-rottstedt@aifd-thl.de



Sascha Schösser
Justizpolitischer Sprecher, Justizlor
11 Clara-Zetkin-Straße 35 · 99099 Erfurt · 0361-24028157
E-Mail: buero-schloesser@aifd-thl.de



Stephan Steinbrück
Sprecher für Feuerwehr und Katastrophenschutz
26 Waltershäuser Straße 39 · 99667 Gotha · 0160-95887479
E-Mail: buero-steinbrueck@aifd-thl.de



Uwe Thrum
Sprecher für berufliche Bildung und Sport, Sprecher für ländlichen Raum und Heimat
27 Braugasse 5 · 07907 Schliez · 03663-4320537
E-Mail: buero-thrum@aifd-thl.de



Jürgen Treutler
Sprecher für Infrastruktur
28 Bahnhofstraße 23 · 96515 Sonneberg · 0170-5463419
E-Mail: juergen.treutler@aifd-thl.de



Pascal Wloch
Sprecher für Verbraucherschutz
29 Hörselbergblick 1 · 99820 Hörselberg-Hainich · 036920-728539
E-Mail: buero-wloch@aifd-thl.de

Torben Braga mdb
20 Kesselgasse 25 · 04600 Altenburg

Stephan Brandner mdb
20 Rudolf-Diener-Straße 21 · 07545 Gera
23 Zwickauer Straße 11 · 04639 Gößnitz
15 Bebelstraße 21 · 04610 Meuselwitz
24 Platz der Freiheit 9 · 07570 Weida

Marcus Bühl mdb
31 Siebleber Straße 2 · 99867 Gotha

Christoph Drößler mdb
1 Wilhelmstr. 6 · 37308 Heilbad Heiligenstadt
32 Hesseöder Straße 11 · 99734 Nordhausen
3 Poststraße 29 · 06567 Bad Frankenhausen

Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann mdb
13 Bruder gasse 6 · 07318 Saalfeld
16 Rudolf-Breitscheid-Str. 4 · 07768 Kahla
35 Schuhgasse 4 · 07381 Pößneck
23 Ernst-Thälmann-Straße 75 · 07806 Neustadt a. d. Orla

Stefan Möller mdb
36 Lange Straße 6 · 99947 Bad Langensalza
37 Hörselbergblick 1 · 99820 Großenlupnitz
25 Eleonorenstr. 10 · 98617 Meiningen

Stefan Schröder mdb
4 Ernst-Thälmann-Straße 2 · 99634 Straußfurt
8 Weißenseer Straße 8 · 99610 Sommerda
12 Ritterstraße 3-5 · 99510 Apolda
24 August-Bebel-Straße 9 · 99444 Blankenhain

Robert Teske mdb
28 Bahnhofstraße 23 · 96515 Sonneberg



Dr. Jens Dietrich
Sprecher für Petitionen und Bürgerbeteiligung
9 Friedrich-Hofmann-Straße 12 · 98693 Ilmenau · 03677-8748024
E-Mail: buero-dietrich@aifd-thl.de



Kerstin Düben-Schaumann
Sprecherin für Jagdwesen und Sportschützen
10 Vor dem Hagentor 3 · 99734 Nordhausen · 03631-4734054
E-Mail: k.paarmann@aifd-nordhausen.de



Marek Erfurth
Sprecher für Justizvollzug, Ökonomie in der Stadtvolkswirtschaftskommission
14 Clara-Zetkin-Str. 35 · 99099 Erfurt · 0361-24028142



Peter Gerhardt
Europapolitischer Sprecher
12 Ritterstr. 3-5 · 99510 Apolda · 03644-8778663
E-Mail: buero-gerhardt@aifd-thl.de



Denis Häußner
Sprecher für Digitalisierung
13 Bruder gasse 6 · 07318 Saalfeld/Saale · 03671-5232348
E-Mail: info@denishausser.de



Nadine Hoffmann
Sprecherin für Umweltpolitik, Forsten, Natur- und Tierschutz
14 Obere Marktstr. 26 · 98646 Hildburghausen · 03685-4133082
E-Mail: nadine.hoffmann@aifd-thl.de



Thomas Hoffmann
Handwerkspolitischer Sprecher
15 Bobstr. 21 · 04610 Meuselwitz · 03448-7350148
E-Mail: thomas.hoffmann@aifd-thl.de



Der Brandanschlag auf das Stromnetz Berlins durch die »Vulkangruppe« war kein »radikaler Ausreißer«. Er war ein weiteres Glied in einer langen Kette linksextremer Gewalt, die sich selbstbewusst auf den Begriff »Antifaschismus« beruft – und daraus einen Freibrief für Zerstörung, Einschüchterung und körperliche Gewalt ableitet. Wer diese Realität weiterhin verharmlost, macht sich mitschuldig. Während Autos brennen, Menschen brutal zusammengeschlagen und politische Gegner systematisch bedroht werden, applaudieren linke Netzwerke in Universitäten und anderswo offen den Aufrufen zu tödlicher Gewalt gegen sogenannte »Faschisten«. Das alles geschieht nicht im Verborgenen, sondern mitten in der Gesellschaft – oft unter den Augen staatlicher Institutionen, die lieber wegsehen als eingreifen.

Antifaschismus – ein politischer Kampfbegriff
Der Antifaschismus, auf den sich die heutige Antifa beruft, ist keine moralische Selbstverständlichkeit, sondern ein ideologischer Kampfbegriff mit autoritärer Tradition. Schon die KPD nutzte ihn in der Weimarer Republik nicht zur Verteidigung der Demokratie, sondern zur Delegitimierung des politischen Gegners und zur Vorbereitung der Systemüberwindung. In der DDR wurde Antifaschismus zur

Staatsreligion – er rechtfertigte Mauerbau, Repression und Schießbefehl. Diese Logik lebt fort: Wer den Kapitalismus pauschal als Vorstufe des Faschismus definiert, erklärt jeden politischen Gegner zum potenziellen Feind. Gewalt wird so nicht nur erlaubt, sondern moralisch aufgewertet. Antifaschismus wird zur Waffe.

Gewalt ist kein Betriebsunfall, sondern Programm
Spätestens dort, wo Linksextremisten offen vom »Straßenkampf«, von »Kommandoaktionen« und vom Töten politischer Gegner sprechen – und dafür Beifall erhalten –, endet jede Ausrede. Folgendes Beispiel soll

Monaten Haft verurteilt. Unmittelbar danach verlieh ihm der damalige Jenaer Oberbürgermeister Albrecht Schröter den »13. Preis für Zivilcourage«. Die Auszeichnung erfolgte trotz seiner Inhaftierung. Da Josef S. zu diesem Zeitpunkt im Gefängnis saß, nahm seine Schwester den Preis stellvertretend entgegen.

Die »Antifa Ost«: Linksterrorismus mit System
Die sogenannte »Antifa Ost« (»Hammerbande«) steht exemplarisch für die neue Qualität linker Gewalt. Die Überfälle von Eisenach, Leipzig, Budapest und anderswo waren keine spontanen Eskalationen, sondern das Ergebnis planvoller, arbeitstei-

verweigert sich bewusst der Realität. Die Parallelen zur RAF sind unübersehbar – nur dass man diesmal aus politischer Bequemlichkeit lieber schweigt.

Eine Spur der Verwüstung – und staatliche Komplizenschaft
Von den Krawallen in Berlin und Hamburg über den G20-Gipfel bis zu Brandanschlägen und Angriffen auf Parteibüros zieht sich eine klare Linie. Alleine im Jahr 2024 kam es zu 69 registrierten Angriffen auf Wahlkreisbüros der AfD in Thüringen. Gewalt ist integraler Bestandteil autonomer Antifa-Strategie. Erschütternd ist dabei nicht nur die Brutalität der Täter, sondern auch

in denen sich Radikalisierung, Vernetzung und Nachwuchsrekrutierung ungestört entfalten können. Der Staat finanziert damit indirekt jene Milieus, aus denen der nächste Anschlag hervorgeht.

International erkannt – national verdrängt
Andere Länder haben die Zeichen erkannt. Die USA, Ungarn und weitere Staaten stufen Antifa-Strukturen inzwischen als terroristische Organisationen ein. In Deutschland hingegen dominiert politische Feigheit. Man klammert sich an das Märchen von der »harmlosen Jugendkultur«, während linksextreme Netzwerke längst grenzüberschreitend agieren.

Schluss mit dem blinden Fleck
Der deutsche Rechtsstaat steht an einem Scheideweg. Entweder er wendet Recht konsequent gegen jede Form politischer Gewalt an – oder er akzeptiert einen linken Gewaltkomplex, solange dieser sich antifaschistisch etikettiert. Ein Verbot klar identifizierbarer, gewaltbereiter Antifa-Strukturen wäre kein Angriff auf demokratische Werte, sondern deren Verteidigung. Wer Gewalt duldet, um die Demokratie zu schützen, zerstört sie. Wer wegschaut, macht den Mob stärker. Der Rechtsstaat hat alle Instrumente in der Hand. Was fehlt, ist der Mut, sie endlich einzusetzen.



zeigen, wie Linksextremismus und Politik mitunter Hand in Hand gehen: Im Jänner 2014 wurde der aus Jena stammende Josef S. nach Protesten in Wien gegen den Akademikerball wegen Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und Körperverletzung rechtskräftig zu zwölf

Monaten Haft verurteilt. Unmittelbar danach verlieh ihm der damalige Jenaer Oberbürgermeister Albrecht Schröter den »13. Preis für Zivilcourage«. Die Auszeichnung erfolgte trotz seiner Inhaftierung. Da Josef S. zu diesem Zeitpunkt im Gefängnis saß, nahm seine Schwester den Preis stellvertretend entgegen.

die Reaktion der Politik. Denn während Polizei und Justiz mühsam ermitteln, fließen Steuergelder in Projekte, die Solidarität mit mutmaßlichen Gewalttätern propagieren. Programme wie »Demokratie leben!« oder kommunale Förderungen schaffen Schutzräume,

Windindustriewahnsinn stoppen!



Unsere Natur- und Kulturlandschaften schützen

Gesetzentwurf zur
Aufhebung des Thüringer
Klimagesetzes:



Neue, monströse Windkraftanlagen vor Sankt Bernhard im Landkreis Hildburghausen.

Das Windenergieflächenbedarfsgesetz schreibt den Bundesländern verbindliche Flächenziele für den Ausbau der Windindustrie vor. In Thüringen sollen bis Ende 2032 insgesamt 2,2 Prozent der Landesfläche ausgewiesen werden – faktisch eine Opferung von rund 35.600 Hektar für diese volatile und hochsubventionierte Form der Energieerzeugung, von der vor allem Windkraftlobbyisten profitieren. Die zuständigen Regionalen Planungsgemeinschaften setzen diese Flächenziele derzeit um. Hinzu kommt, dass Bund und EU weitreichende Beschleunigungsverfahren für den Ausbau der Windenergie auf den Weg gebracht haben. Im Sommer 2025 wurde ein umfassendes »Beschleunigungspaket« im Bundesrat verabschiedet – auch mit den Stimmen der Thüringer Landesregierung.

Wie stellt sich die Situation im Thüringer Parlament dar? Die AfD-Fraktion tritt seit langem mit Initiativen dafür ein, den Windindustriewahnsinn zu stoppen. So haben wir einen Gesetzentwurf eingebracht, der den vollständigen Rückbau von Windenergieanlagen einschließlich ihrer Fundamente über die Bauordnung regeln sollte. Zudem sollte verbindlich festgelegt werden, dass die Betreiber die finanziellen Mittel für diesen vollständigen Rückbau nachweisen müssen. Darüber hinaus brachten wir einen Antrag zur Abschaffung

des genannten Windenergieflächenbedarfsgesetzes in den Landtag ein. Beide Initiativen wurden von allen übrigen Fraktionen abgelehnt. Dennoch hat die AfD gewirkt: Nachdem wir die Debatte im Parlament angestoßen hatten, sah sich die Landesregierung veranlasst, tätig zu werden, wenn auch bislang unzureichend.

Im November 2025 brachten die Regierungsfaktionen von CDU, BSW und SPD jedoch einen Gesetzentwurf in den Landtag ein, in dessen Folge die Landesforstanstalt die Möglichkeit erhalten soll, durch Geschäfte mit der Windindustrie auf Staatsforstflächen Einnahmen zu erzielen. Dies widerspricht aus unserer Sicht nicht nur dem Waldgesetz und den Schutzfunktionen des Waldes, sondern auch klaren Wahlversprechen – insbesondere der CDU – vor der Landtagswahl im September 2024.

Die Landesforstanstalt muss sich auf die Wiederbewaldung konzentrieren und soll nicht dazu gedrängt werden, als Betreiber oder durch die Verpachtung von Waldflächen den Bau von Windenergieanlagen im Wald zu ermöglichen. Der Wald ist kein Industriegebiet. Er ist Ökosystem, Rückzugsraum, Erholungsort und ein zentraler Baustein für den Tourismus in Thüringen. Selbstverständlich ist der Wald zur nachhaltigen Bewirtschaftung bestimmt. Der Bau und der Betrieb von Windindustrieanlagen jedoch zerstören den Wald

dauerhaft. Nach Bekanntwerden dieses Vorhabens erreichten zahlreiche Zuschriften die Abgeordneten des Landtags und die Landesregierung. Zudem fand eine Demonstration mehrerer Bürgerinitiativen vor dem Landtag statt. Doch Vernunft und Verantwortung gegenüber dem Naturschutz setzten sich leider nicht durch. Das Gesetz wurde in der letzten Plenarsitzung des Jahres 2025 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BSW, SPD und der Linken beschlossen. Die

AfD-Fraktion stimmte dagegen. Mit diesem Gesetz wird der Ausbau der Windenergie im Wald aufgrund des zunehmenden Ökonomisierungsdrucks auch im Privat- und Kommunalwald weiter forciert. Das wird gravierende Folgen für die Umwelt und insbesondere für den ländlichen Raum haben. Wir geben jedoch nicht auf, denn der Schutz unserer Natur- und Kulturlandschaft liegt uns am Herzen. Der Ausbau der Windindustrie geht mit erheblichen

Eingriffen in die Umwelt, zunehmender Flächenversiegelung, Gefahren für die heimische Fauna und einer nachhaltigen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes einher. Wer das Grüne Herz Deutschlands schützen will, muss sich der Windindustrie entgegenstellen.

Um mit Ihnen darüber ins Gespräch zu kommen, werden wir auch im Jahr 2026 Veranstaltungen zur sogenannten Energiewende durchführen und freuen uns, Sie dort begrüßen zu dürfen.

Nadine Hoffmann



Gewalt an Schulen

Interview
mit Denny
Jankowski

Herr Jankowski, die AfD-Fraktion hat vor einigen Wochen das Portal »Schulgewalt« auf den Weg gebracht. Was hat es damit auf sich?

Die Lage an den Schulen – nicht nur in Thüringen – hat sich in den letzten Jahren dramatisch verändert. Das erfährt man nur selten aus den Medien, wir hören es aber oft von Eltern oder den Schülern selbst an unseren Infoständen: Gewalt und Mobbing haben stark zugenommen. Wir reden hier nicht von eher harmlosen Schulhofrangeleien oder Sticheleien, sondern über eine ganz andere Dimension: von tatsächlichen Straftaten wie Körperverletzung oder Eigentumsdelikten, die inzwischen sogar in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst werden müssen, weil sie nicht mehr als »Bagatellen« abgetan werden können.

Wir mussten feststellen, dass weder die vorherige Landesregierung noch die »Brombeerkoalition« das Problem wirklich ernst

nahmen. Gewalt und Mobbing beginnen jedoch bereits unterhalb der Strafbarkeit: Wenn sich etwa Schüler zu Gruppen zusammenschließen, um einzelne Kinder und Jugendliche zu bedrohen oder zu beleidigen. Opfer dieser Übergriffe gehen morgens schon mit Angst aus dem Haus. Aus unseren Bürgergesprächen haben wir eine recht genaue Vorstellung davon, was in den Thüringer Schulen passiert, aber wir brauchen belastbare Daten. Nur wer durch ungeschönte Statistiken die Realität an den Schulen zur Kenntnis nimmt, kann sinnvolle Maßnahmen entwickeln.

Warum engagiert sich die Landesregierung nicht stärker für die Sicherheit an unseren Schulen?

Man möchte keine Tabuthemen anpacken. Die Zunahme von Gewalt hat klare Ursachen und ist auf politisches Versagen zurückzuführen: eine verfehlte Migrations- und eine planlose Inklusionspolitik. Lehrer wur-

den nach und nach zu Lernbegleitern degradiert, die keine ordnende Autorität mehr ausüben dürfen und oftmals auch nicht angehört werden. Der Schein der »toleranten, bunten Schule« soll um jeden Preis gewahrt werden.

Unkontrollierte Einwanderung aus arabisch-muslimischen Ländern wirkt sich auch auf unsere Schulen aus. In den Städten kann oft nur noch eine Minderheit der Schüler dem deutschsprachigen Unterricht folgen. Junge Migranten finden dominantes Auftreten auf dem Schulhof »cool« und fechten nicht selten auch religiöse Konflikte vor Ort aus.

Welche Maßnahmen schlägt die AfD-Fraktion vor? Was taugen die bereits bestehenden Präventionskonzepte?

Es gibt eine einfache Frage, die wir uns ehrlich stellen müssen: Wenn die bisherigen Konzepte wirken würden – warum steigen die Gewalttaten an unseren

Deutschkenntnissen besitzt, darf in die regulären Schulklassen überwechseln. Alles andere führt nur zu Frust, Konflikten und Gewalt. Gerade an den Schulen mit den höchsten Migrationsanteilen haben wir auch die meisten Gewalttaten.

Des Weiteren dürfen gewalttätige und aggressive Schüler nicht länger die gesamte Klasse terrorisieren und den Schulfrieden stören. Sie gehören in Förderschulen mit dem Schwerpunkt Verhaltensauffälligkeiten und Aggressivität. Dort gibt es spezialisiertes Personal, welches auf den Umgang mit ihnen geschult ist und helfen kann.

Ganz wichtig: Lehrer und Direktoren brauchen endlich verlässlichen Rückhalt der Politik. Lehrer müssen wirksame Ordnungsmaßnahmen gegenüber gewalttätigen Schülern verhängen können. Und vor allem muss gelten: Wer einen Lehrer angreift, begeht keinen Streich, sondern eine Straftat – und die muss automatisch angezeigt werden.

Herr Jankowski, wir danken Ihnen für das Gespräch!



Besuchen Sie uns auf der
36. Thüringen-Ausstellung!



Alle weiteren Informationen:

<https://afd-thl.de/thuringenausstellung2026>

Vom 28. Februar bis 8. März 2026 auf der Erfurter Messe in Halle 1 – natürlich rechts oben!

